

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	XV
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

Einführung.....	1
-----------------	---

A. Ausgangspunkt der Untersuchung	1
---	---

I. Einführung in die Problematik.....	1
II. Ein andauernd aktuelles Thema: Ein kurzer Rückblick.....	3
III. Status Quo.....	10

B. Gegenstand, Zielsetzung und Berechtigung des Forschungsvorhabens ...	11
---	----

C. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	15
---	----

D. Gang der Untersuchung	19
--------------------------------	----

Kapitel 1: Technische Grundlagen	21
--	----

A. Funktionsweise des Internets und Datenvermittlung im Internet – Die wichtigsten Begriffe und Funktionen.....	21
--	----

I. Die Struktur des Internets und seine Diensteanbieter.....	21
II. Der Zugang zum Internet.....	22
III. Internetkommunikation: Erläuterung der Datenübermittlung anhand des TCP/IP-Referenzmodells	24
IV. Beispiel einer Internetkommunikation.....	38

<i>B. Technische Umsetzung von Sperrmaßnahmen</i>	40
I. Der Begriff der „Sperrung“	40
II. DNS-Sperre.....	41
III. IP-Sperre	42
IV. URL-Sperre.....	44
V. Kombinierte und hybride Sperren.....	45
VI. Inhaltsfilter (Deep Packet Inspection)	46
VII. Umgehungsmöglichkeiten und Anonymisierung	47
VIII. Ausweichmöglichkeiten der Angebotsbetreiber.....	48
<i>C. Schlussbemerkung zum technischen Teil</i>	49

Kapitel 2: Europäische Rahmenvorgaben für die Haftung von Vermittlern im Internet.....51

<i>A. Sekundärunionsrechtliche Vorgaben zur Vermittlerhaftung</i>	51
I. Die E-CommerceRL.....	51
II. Die InfoSocRL und ihr Anordnungsanspruch gegen Vermittler (Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL)	58
III. Die DurchsetzungsRL und ihre Regelungen zur Vermittlerhaftung	61
IV. Die Datenschutzrichtlinien und die Datenschutzgrundverordnung.....	63
V. „Schutzklausel zur Internetfreiheit“ der RahmenRL	65
VI. Zusammenfassung	66
<i>B. Konkretisierung der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern durch den EuGH</i>	66
I. Internetzugangsanbieter sind Vermittler im Sinne von Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL.....	67
II. Anordnungen als vorbeugende Maßnahmen	68
III. Ein Internetangebot als Anknüpfungspunkt für vorbeugende Maßnahmen.....	68
IV. Beachtung der Beschränkungen der einschlägigen Richtlinien	69
V. Beachtung der Unionsgrundrechte.....	70
<i>C. Zusammenfassung: Vorgaben und Spielräume für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Ausgestaltung der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern</i>	100
I. Vorgaben.....	100

II.	Verbleibende Spielräume	102
 Kapitel 3: Sperranordnungen in Großbritannien.....103		
A.	<i>Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben zur Vermittlerhaftung</i>	103
I.	Umsetzung der Regelungen der E-CommerceRL zur Vermittlerhaftung – Electronic Commerce (EC Directive) Regulations 2002.....	103
II.	Umsetzung der Vorgaben zur Vermittlerhaftung aus Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL.....	105
III.	Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.....	107
B.	<i>Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter zum Schutz von Urheberrechten im britischen Recht</i>	108
I.	Bisher ergangene Entscheidungen und die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte	108
II.	Auslegung der Voraussetzungen von Sec. 97A CDPA und Ausgestaltung der Sperranordnungen	119
III.	Verfahren und Verfahrenskosten beim Erlass von Sperranordnungen	191
C.	<i>Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter zum Schutz anderer Rechte (des geistigen Eigentums)</i>	193
I.	Markenrechtliche Sperranordnungen	193
II.	Sperranordnungen zum Schutz anderer Rechte des geistigen Eigentums	202
III.	Zum Schutz sonstiger Rechte	202
IV.	Sperranordnungen in Nordirland und Schottland?	203
V.	Ergebnis	205
D.	<i>Zusammenfassung und (kritische) Bewertung der britischen Rechtslage bezüglich der Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter</i>	205
I.	Interessengerechte, ausgewogene Lösungen	205
II.	Begründungsschwächen der Sperrentscheidungen	208
III.	Verletzung der Prozessgrundsätze?	211
IV.	Bedeutung der gerichtlichen Entscheidung	213
V.	Wirksamkeit und „Overblocking“	215
VI.	Übertragung der im Urheberrecht entwickelten Rechtsprechung ins Markenrecht.....	216

VII.	Übertragung der zu Websites entwickelten Rechtsprechung auf andere Internetangebote.....	217
VIII.	Unionsrechtskonformität der britischen Umsetzung von Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL und der ergangenen Sperranordnungen.....	217
IX.	Fazit	222

Kapitel 4: Internetangebotssperren in Deutschland:

Die Rechtslage de lege lata	224
-----------------------------------	-----

A.	<i>Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben zur Vermittlerhaftung im deutschen Recht</i>	224
I.	Umsetzung der Vermittlerprivilegien der E-CommerceRL im Telemediengesetz (TMG).....	224
II.	Umsetzung der Vorgaben zur Vermittlerhaftung aus Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL – die deutsche Störerhaftung	237
III.	Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.....	262
B.	<i>Sperrverpflichtungen von Internetzugangsanbietern zum Schutz von Urheberrechten</i>	262
I.	Störerhaftung als Haftungsgrundlage für Internetzugangsanbieter.....	262
II.	Akzessorietät.....	265
III.	Keine Täterschaft oder Teilnahme.....	265
IV.	Willentlich adäquat kausaler Beitrag	265
V.	Möglichkeit zur Abhilfe	271
VI.	Verletzung zumutbarer Prüfpflichten.....	315
VII.	Unterlassungspflicht, Antrag und Tenor	382
VIII.	Kosten eines Rechtsstreits	386
IX.	Ergebnis und Bewertung	387

Kapitel 5: Sperranordnungen in Deutschland de lege ferenda...397

A.	<i>Gerichtliche Sperranordnungen im deutschen Recht de lege ferenda</i>	397
I.	Gesetzgeberischer Handlungsbedarf.....	397
II.	Bestehende Vorschläge und -beispiele für die Regelung von Angebotssperren.....	404
III.	Anforderungen an die gesetzliche Norm.....	416

IV.	Systementscheidungen	419
V.	Regelungselemente.....	440
VI.	Verortung der Regelung	513
VII.	Regelungsentwurf	514
VIII.	Notifizierungspflicht	517
IX.	Zusammenfassung und abschließende Beurteilung des Entwurfs.....	517
 <i>B. Mögliche Annex-Durchsetzung und (regulierte) Selbstregulierung anderer Diensteanbieter.....</i>		
		519
I.	Sperranordnungen als Anknüpfungspunkt für Selbstregulierung	519
II.	Suchmaschinen.....	520
III.	Zahlungsdiensteanbieter	524
IV.	Werbetreibende („Follow the money“).....	527
V.	Anbieterübergreifende Selbstregulierungsprojekte	528
 Kapitel 6: Europäische Regelungsperspektiven		
		530
 <i>A. Reformpläne der Kommission mit Bezug zur Vermittlerhaftung</i>		
		530
 <i>B. Reformbedarf bei der europäischen Vermittlerhaftung, insbesondere der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern</i>		
		535
 <i>C. Unionsweite Sperren</i>		
		538
I.	Tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten für unionsweite Sperren.....	539
II.	Möglichkeiten eines zentral organisierten europäischen Modells	541
III.	Bewertung	543
 <i>D. Fazit.....</i>		
		544
 Schlussbetrachtungen.....		
		546
 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse		
		548

Nachtrag: Die dritte Änderung des Telemediengesetzes, ihre Folgen und Auswirkungen auf die Ergebnisse dieser Arbeit.....	553
Anhang	557
<i>A. Informationen zur Durchführung der Nutzerbefragung</i>	557
<i>B. Fragebogen: Rechtsverletzungen im Internet und Internetnutzerverhalten</i>	557
<i>C. Auswertung 1</i>	565
<i>D. Auswertung 2</i>	569
<i>E. Auswertung 3</i>	572
<i>F. Auswertung 4</i>	575
Literaturverzeichnis.....	579
Sachregister.....	609

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XXXV

Einführung.....	1
-----------------	---

A. Ausgangspunkt der Untersuchung.....	1
--	---

I. Einführung in die Problematik.....	1
II. Ein andauernd aktuelles Thema: Ein kurzer Rückblick.....	3
1. Strafrechtliche Verantwortlichkeit von Internetzugangsanbietern, behördliche Sperrverfügungen und erste zivilrechtliche Sperrbegehren.....	3
2. Das Zugangserschwerungsgesetz (ZugErschwG).....	9
III. Status Quo.....	10

B. Gegenstand, Zielsetzung und Berechtigung des Forschungsvorhabens ...	11
---	----

C. Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes	15
---	----

D. Gang der Untersuchung	19
--------------------------------	----

Kapitel 1: Technische Grundlagen	21
--	----

A. Funktionsweise des Internets und Datenvermittlung im Internet – Die wichtigsten Begriffe und Funktionen.....	21
--	----

I. Die Struktur des Internets und seine Diensteanbieter.....	21
II. Der Zugang zum Internet.....	22
III. Internetkommunikation: Erläuterung der Datenübermittlung anhand des TCP/IP-Referenzmodells	24

1. Einführung in das TCP/IP-Referenzmodell und die technischen Abläufe	24
2. Anwendungsschicht	26
a. Die Anwendungsschicht	26
b. Websites und Webkommunikation: der Websiteaufruf durch http	27
c. Inhalteabruf durch Anwendungen auf Nutzerendgeräten	29
d. Das Domain Name System (DNS)	29
e. BitTorrent	31
f. Caching	32
3. Transportschicht	33
4. Internetschicht	35
a. IP-Protokoll und IP-Pakete	35
b. IP-Routing	35
c. ICMP und TTL	36
5. Netzzugangsschicht	37
6. Hardwareschicht	37
IV. Beispiel einer Internetkommunikation	38
<i>B. Technische Umsetzung von Sperrmaßnahmen</i>	<i>40</i>
I. Der Begriff der „Sperrung“	40
II. DNS-Sperre	41
III. IP-Sperre	42
IV. URL-Sperre	44
V. Kombinierte und hybride Sperren	45
VI. Inhaltsfilter (Deep Packet Inspection)	46
VII. Umgehungsmöglichkeiten und Anonymisierung	47
VIII. Ausweichmöglichkeiten der Angebotsbetreiber	48
<i>C. Schlussbemerkung zum technischen Teil</i>	<i>49</i>

Kapitel 2: Europäische Rahmenvorgaben für die Haftung von Vermittlern im Internet.....51

A. Sekundärunionsrechtliche Vorgaben zur Vermittlerhaftung	51
I. Die E-CommerceRL	51
1. Ziel und Gegenstand der E-CommerceRL und ihrer Vermittlerprivilegien	51
2. Privilegierung von Vermittlungstätigkeiten	53
a. Die Verantwortlichkeitsregeln der E-CommerceRL	53

b.	Verbot allgemeiner Überwachungspflichten	54
c.	Reichweite und Folge der Vermittlerprivilegien: Verhältnis zu anderen Haftungsnormen	55
II.	Die InfoSocRL und ihr Anordnungsanspruch gegen Vermittler (Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL)	58
III.	Die DurchsetzungsRL und ihre Regelungen zur Vermittlerhaftung	61
1.	Regelungsgehalt und -ziele	61
2.	Anordnungen gegen Mittelspersonen (Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL)	61
3.	Art. 3 DurchsetzungsRL	62
IV.	Die Datenschutzrichtlinien und die Datenschutzgrundverordnung	63
V.	„Schutzklausel zur Internetfreiheit“ der RahmenRL	65
VI.	Zusammenfassung	66

B. Konkretisierung der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern durch den EuGH

I.	Internetzugangsanbieter sind Vermittler im Sinne von Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL	67
II.	Anordnungen als vorbeugende Maßnahmen	68
III.	Ein Internetangebot als Anknüpfungspunkt für vorbeugende Maßnahmen	68
IV.	Beachtung der Beschränkungen der einschlägigen Richtlinien	69
V.	Beachtung der Unionsgrundrechte	70
1.	Die Rolle der Unionsgrundrechte bei der Vermittlerhaftung (Mittelbare Drittwirkung)	70
2.	Anwendungsreichweite der Unionsgrundrechte	75
3.	Die zu berücksichtigenden Grundrechtspositionen	80
4.	Angemessenes Gleichgewicht zwischen den Grundrechtspositionen – Leitlinien des EuGH zur Verhältnismäßigkeit von Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter	82
a.	Bedeutung der Herstellung eines angemessenen Gleichgewichts und der Verhältnismäßigkeitsprüfung	82
b.	Leitlinien des EuGH für die Abwägung durch die Mitgliedstaaten	83
aa.	Gerichtliche Überprüfbarkeit der Zumutbarkeit (Zulässigkeit von Erfolgsverboten)	83
bb.	Kostenaufwand der Internetzugangsanbieter	85
cc.	Hinreichende Wirksamkeit	86
dd.	Zielorientierte Sperren und verfahrensmäßige Absicherung der Rechte der Internetnutzer	87

ee. Verwendung personenbezogener Daten zur zivilrechtlichen Rechtsdurchsetzung	88
ff. Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern im Grundsatz zwingend	89
5. Kein spezifischer Gesetzesvorbehalt	90
6. Exkurs: Anwendbarkeit der nationalen Grundrechtsordnung als Prüfungsmaßstab der Umsetzungsregelungen und Maßnahmen aus Sicht des Unionsrechts	91
a. Raum für die Anwendung der nationalen Grundrechte	91
b. Verhältnis der Unionsgrundrechte zu den nationalen Grundrechten	93
aa. Konkurrenz der Grundrechtsordnungen	93
bb. Art. 53 Charta (Meistbegünstigung)	93
cc. Das Vorrangprinzip	94
dd. Konfliktfälle: Meistbegünstigung vs. Vorrang des Unionsrechts	94
(1) Problemaufriss	94
(2) Konflikt durch schutzintensivere nationale Grundrechte	95
(3) Mehrpolige Grundrechtskollision	98
c. Anwendbarkeit nationaler Grundrechte im Rahmen der Vermittlerhaftung	99
 C. Zusammenfassung: Vorgaben und Spielräume für die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung und Ausgestaltung der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern	100
I. Vorgaben	100
II. Verbleibende Spielräume	102
 Kapitel 3: Sperranordnungen in Großbritannien	103
A. Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben zur Vermittlerhaftung	103
I. Umsetzung der Regelungen der E-CommerceRL zur Vermittlerhaftung – Electronic Commerce (EC Directive) Regulations 2002	103
II. Umsetzung der Vorgaben zur Vermittlerhaftung aus Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL	105
1. Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL – Sec. 97A und 191JA CDPA und deren Tatbestandsmerkmale	105

2. Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL – keine ausdrückliche Umsetzung	107
III. Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.....	107
<i>B. Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter zum Schutz von Urheberrechten im britischen Recht.....</i>	<i>108</i>
I. Bisher ergangene Entscheidungen und die ihnen zugrunde liegenden Sachverhalte.....	108
1. Der Initialfall: Twentieth Century Fox v BT (Newzbin2) und dessen Vorgeschichte	108
2. Dramatico v Sky (The Pirate Bay)	110
3. EMI Records Ltd & Ors v British Sky Broadcasting Ltd & Ors	111
4. FAPL v British Sky & Ors	112
5. Paramount v British Sky (I)	113
6. Paramount v British Sky (II)	114
7. 1967 Ltd & Ors v BSky	115
8. Twentieth Century Fox v Sky (Popcorn Time).....	116
9. FAPL v BT & Ors („live“ blocking)	117
10. Weitere unveröffentlichte Entscheidungen	118
11. Zusammenfassung und Bemerkungen.....	118
II. Auslegung der Voraussetzungen von Sec. 97A CDPA und Ausgestaltung der Sperranordnungen	119
1. Diensteanbieter	120
2. Schutzrechtsverletzung	120
a. Rechtswidrige Vervielfältigungshandlungen durch die Angebotsnutzer (Sec. 17 CDPA)	121
b. Öffentliche Wiedergabe bzw. öffentliches Zugänglichmachen durch Angebotsnutzer und -betreiber	122
aa. Sec. 20 CDPA	122
bb. Öffentliche Wiedergabe (Zugänglichmachen) durch die Nutzer.....	124
cc. Öffentliche Wiedergabe (Zugänglichmachen) durch die Angebotsbetreiber (Sec. 20 CDPA)	125
(1) Indexierungs-Websites für Filesharing und BitTorrent.....	125
(2) Streaming-Websites (Indexierungs-Websites für Streams)	127
(3) Popcorn-Time-Websites.....	129
(4) Streaming-Server	130
(5) Zusammenfassung	130

c. Rechtsverletzung der Angebotsbetreiber durch das Autorisieren der Rechtsverletzungen ihrer Nutzer	131
aa. Sec. 16(2) CDPA.....	131
bb. Tathandlung „autorisieren“	132
cc. Anwendung auf die Betreiber von Internetangeboten	134
(1) Indexierungs-Websites für Filesharing und BitTorrent	134
(a) Twentieth Century Fox & Anor v Newzbin	134
(b) Dramatico v Sky (The Pirate Bay)	135
(c) EMI Records Ltd & Ors v British Sky Broadcasting Ltd & Ors	136
(d) 1967 Ltd & Ors v B Sky	137
(2) Indexierungs-Websites für Streams	138
(3) Popcorn-Time-Websites	138
(4) Streaming-Server	139
dd. Zusammenfassung	140
d. Mittäterschaftliche Verantwortlichkeit der Angebotsbetreiber	140
aa. „Joint tortfeasance“	140
bb. Voraussetzungen	141
cc. Anwendung auf die Betreiber von Internetangeboten	143
(1) Indexierungs-Websites für Filesharing und BitTorrent	143
(2) Streaming-Website (Indexierungs-Websites für Streams)	144
(3) Popcorn-Time-Websites	144
(4) Streaming-Server	145
(5) Fazit	145
e. Zusammenfassung	145
3. Nutzung des Dienstes zur Verletzung von Schutzrechten	146
4. Tatsächliche Kenntnis des Internetzugangsanbieters von der Nutzung seines Dienstes für Rechtsverletzungen	147
5. Ermessen	150
a. Bedeutung und Kriterien der Ermessenprüfung: Art. 3 Abs. 2 DurchsetzungsRL, Verhältnismäßigkeit und Grundrechte	150
b. Grundrechtsinteressen und Schutzwürdigkeit: Kriterien der Verhältnismäßigkeitsprüfung und deren Wertung in den Entscheidungen des High Court	154
aa. Schutzinteresse und Schutzwürdigkeit der Rechteinhaber	155
(1) Betroffene Grundrechtspositionen	155

(2) Berechtigtes Interesse an der Sperrung ganzer Internetangebote	155
(3) Einfluss der Beliebtheit und Sichtbarkeit der zu sperrenden Internetangebote in Großbritannien auf das berechnigte Schutzinteresse der Rechteinhaber	157
(4) Erforderlichkeit der Sperrmaßnahme zum Schutz der Rechte und Subsidiarität	158
(a) Erforderlichkeit	158
(b) Alternative Maßnahmen der Rechteinhaber	159
(aa) Vorgehen gegen einzelne Nutzer	159
(bb) Vorgehen gegen Angebotsbetreiber und Domainregistrare	159
(cc) Vorgehen gegen die Hostanbieter der Angebote	160
(dd) Einfrieren des Zahlungsverkehrs	160
(ee) Deindexierung	161
(c) Ergebnis	162
(5) Fazit	162
bb. Schutzinteresse und Schutzwürdigkeit der Internetzugangsanbieter	162
(1) Betroffene Grundrechtspositionen	162
(2) Wirksamkeit der Sperren im Verhältnis zu den Kosten	163
(a) Wirksamkeit der Sperren (efficacy)	163
(aa) Anforderungen an die Wirksamkeit	163
(bb) Steigerung der Wirksamkeit durch laufende Anpassung der Sperren	166
(cc) Flächendeckende Sperrung	169
(dd) Zwischenergebnis	169
(b) Kosten der Sperrmaßnahmen	169
(3) Spätere Überprüfbarkeit der Sperren	173
(4) Risiko für Schadensersatzansprüche Dritter gegenüber den Internetzugangsanbietern und für sonstige Schäden	173
(5) Kein Konflikt mit den Regelungen der E-CommerceRL	174
(6) Fazit: keine gravierende Beeinträchtigung durch die Sperre an sich	175
cc. Schutzinteresse und Schutzwürdigkeit der Nutzer	176
(1) Betroffene Grundrechtspositionen	176
(2) Sperrung rechtmäßiger Inhalte	177
(a) Gesetzlich vorgesehene Einschränkung	177

(b) Legale Inhalte des zu sperrenden Internetangebots (Kollaterales Overblocking).....	177
(c) Legale Inhalte anderer Internetangebote (Horizontales Overblocking)	178
(d) Schutz vor Overblocking durch Anpassung und zeitliche Befristung der Sperre.....	179
(3) Schutz vor Missbrauch durch Beteiligungs- und Antragsmöglichkeit von Nutzern	180
(4) Datenschutz	181
(5) Fazit.....	182
dd. Schutzinteresse und Schutzwürdigkeit der Betreiber betroffener Internetangebote	183
(1) Betreiber der zu sperrenden Internetangebote (Zielangebot)	183
(2) Betreiber anderer, von der Sperre betroffener Internetangebote (Horizontales Overblocking).....	184
(3) Fazit.....	186
c. Weitere Voraussetzungen des Art. 3 DurchsetzungsRL ...	187
d. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne („ultimate balancing test“).....	187
6. Zusammenfassung: Art, Inhalt und Reichweite der britischen Sperranordnungen nach Sec. 97A CDPA	188
III. Verfahren und Verfahrenskosten beim Erlass von Sperranordnungen	191
<i>C. Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter zum Schutz anderer Rechte (des geistigen Eigentums).....</i>	<i>193</i>
I. Markenrechtliche Sperranordnungen	193
1. Bisher ergangene Entscheidungen – Cartier I & II	193
2. Rechtsgrundlage	194
3. Erlassvoraussetzungen	196
a. Begründung der Erlassvoraussetzungen.....	196
b. Anwendung und Auslegung der Voraussetzungen im markenrechtlichen Fall (Besonderheiten, Unterschiede und weitere Aspekte).....	197
aa. Vermittlereigenschaft der Internetzugangsanbieter.....	197
bb. Markenrechtsverletzung	197
cc. Nutzung des Dienstes der Zugangsanbieter zur Verletzung von Schutzrechten.....	198
dd. Tatsächliche Kenntnis des Internetzugangsanbieters von der Nutzung seines Dienstes für Rechtsverletzungen	198

ee. Ermessensausübung	199
(1) Einfluss des Unionsrechts und Verhältnismäßigkeit.....	199
(2) Erforderlichkeit: Weitere Rechtsdurchsetzungs- alternativen der Rechteinhaber.....	200
(a) Beschlagnahme oder Löschung der Domainnamen	200
(b) Zollbeschlagnahme.....	200
(c) Deindexierung	200
(d) Fazit: keine gleich effektiven Mittel	200
(3) Ergebnis der Interessenabwägung	201
4. Ergebnis.....	201
II. Sperranordnungen zum Schutz anderer Rechte des geistigen Eigentums	202
III. Zum Schutz sonstiger Rechte	202
IV. Sperranordnungen in Nordirland und Schottland?	203
V. Ergebnis	205
<i>D. Zusammenfassung und (kritische) Bewertung der britischen Rechtslage bezüglich der Sperranordnungen gegen Internetzugangsanbieter</i>	<i>205</i>
I. Interessengerechte, ausgewogene Lösungen	205
II. Begründungsschwächen der Sperrentscheidungen	208
III. Verletzung der Prozessgrundsätze?	211
IV. Bedeutung der gerichtlichen Entscheidung.....	213
V. Wirksamkeit und „Overblocking“	215
VI. Übertragung der im Urheberrecht entwickelten Rechtsprechung ins Markenrecht.....	216
VII. Übertragung der zu Websites entwickelten Rechtsprechung auf andere Internetangebote.....	217
VIII. Unionsrechtskonformität der britischen Umsetzung von Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL und der ergangenen Sperranordnungen.....	217
IX. Fazit	222
 Kapitel 4: Internetangebotssperren in Deutschland: Die Rechtslage de lege lata	 224
<i>A. Umsetzung der europäischen Richtlinienvorgaben zur Vermittlerhaftung im deutschen Recht.....</i>	<i>224</i>

I.	Umsetzung der Vermittlerprivilegien der E-CommerceRL im Telemediengesetz (TMG).....	224
1.	§ 7–10 TMG	224
2.	Auslegung der Anwendungsvoraussetzung und -reichweite der §§ 7 ff. TMG in der Rechtsprechung des BGH.....	227
a.	Fremde Informationen	227
b.	Anwendungsbereich des Verbots allgemeiner Überwachungspflichten	228
c.	Anwendungsbereich der spezifischen Haftungsfreistellungen.....	228
3.	Unionsrechtskonformität.....	231
a.	Beschränkung der Haftungsprivilegien auf „fremde Informationen“	231
b.	Nichtanwendung der §§ 8 bis 10 TMG auf Beseitigungs- und Unterlassungsansprüche.....	235
II.	Umsetzung der Vorgaben zur Vermittlerhaftung aus Art. 8 Abs. 3 InfoSocRL und Art. 11 S. 3 DurchsetzungsRL – die deutsche Störerhaftung	237
1.	Keine explizite Umsetzung – Erfassung über die Störerhaftung	237
2.	Störerhaftung als Instrument der Vermittlerhaftung	237
a.	Entwicklungshintergrund der Störerhaftung	237
b.	Voraussetzung der Störerhaftung nach der Rechtsprechung	240
aa.	Akzessorietät.....	240
bb.	Ohne Täter oder Teilnehmer zu sein.....	240
cc.	Willentlich adäquat kausaler Beitrag	241
dd.	Möglichkeit der tatsächlichen und der rechtlichen Abhilfe	243
ee.	Verletzung zumutbarer Prüfpflichten	243
(1)	Bedeutung der Prüfpflichten	243
(2)	Entstehen von Prüfpflichten.....	243
(3)	Bestimmung des Umfangs der Prüfpflichten.....	244
(4)	Verletzung der Prüfpflichten.....	247
ff.	Keine Subsidiarität.....	247
c.	Rechtsfolgen der Störerhaftung	247
d.	Dogmatik der Störerhaftung	248
aa.	Verhältnis der Störerhaftung im Internet zu den Haftungsgrundsätzen des allgemeinen Zivilrechts	249
bb.	Bedeutung der dogmatischen Einordnung für die Haftung von Internetzugangsanbietern	254
3.	Unionsrechtskonformität der deutschen Störerhaftung de lege lata.....	255

a.	Dogmatische Einordnung der Störerhaftung aus unionsrechtlicher Sicht	255
b.	Voraussetzung des adäquat kausalen Beitrags und Einschränkung der Störerhaftung durch Zurechnungskriterien.....	257
c.	Prüfpflichtverletzung als Haftungsvoraussetzung	258
d.	Verhältnis der Prüfpflichten zum Verbot allgemeiner Überwachungspflichten	260
e.	Fazit	261
III.	Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben.....	262
 <i>B. Sperrverpflichtungen von Internetzugangsanbietern zum Schutz von Urheberrechten.....</i>		
I.	Störerhaftung als Haftungsgrundlage für Internetzugangsanbieter.....	262
II.	Akzessorietät.....	265
III.	Keine Täterschaft oder Teilnahme	265
IV.	Willentlich adäquat kausaler Beitrag	265
1.	Kausalität (Äquivalenz)	265
a.	Rechtsverletzungen durch eigene Kunden	265
b.	Rechtsverletzungen durch Nichtkunden.....	266
2.	Adäquanz.....	269
3.	Willentlich	270
4.	Zusammenfassung.....	270
V.	Möglichkeit zur Abhilfe	271
1.	Tatsächliche Möglichkeit von Sperrmaßnahmen	271
2.	Rechtliche Zulässigkeit von Sperrmaßnahmen	272
a.	Fehlende Rechtsgrundlage: das Fernmeldegeheimnis als rechtliches Hindernis?	272
aa.	Problemaufriss	272
bb.	Vorüberlegungen: Anwendungsvorrang des Unionsrechts und keine unmittelbare Grundrechtswirkung....	273
cc.	Das einfachgesetzliche Fernmeldegeheimnis des § 88 TKG als rechtliches Hindernis für Internetangebotssperren?.....	275
(1)	§ 88 TKG und sein Schutzbereich.....	275
(2)	Massen- oder Individualkommunikation?	278
(a)	Problemaufriss.....	278
(b)	Enge Auslegung des Schutzbereichs: kein Schutz von ungeschützter Internetkommunikation	279
(c)	Abgrenzung nach der Nutzungssituation.....	280

(d) Technische Auslegung des Schutzbereichs: umfangreicher Schutz von Internetkommunikation	280
(e) Teleologische Auslegung des Schutzbereichs ..	281
(f) Zweifelsregelung zur Lösung der Praxis- probleme (am Beispiel von Goldesel.to)	285
(g) Ergebnis	287
(3) Angebotssperren: bloße Kommunikationsverhinderung oder unerlaubtes Sichkenntnisverschaffen und Verwenden von geschützten Telekommunikationsumständen?	288
(a) Problemaufriss	288
(b) Teleologische Betrachtung: bloße Kommunikationsverhinderung	289
(c) Hilfsweise	290
(aa) Streng technische Betrachtung der Sperrmaßnahmen	290
(bb) DNS-Sperre	291
(cc) IP-Sperre	292
(dd) URL-Sperre	294
(d) Ergebnis	298
dd. Ergebnis: Das Fernmeldegeheimnis steht der Zulässigkeit von Angebotssperren de lege lata nicht entgegen	299
b. Telekommunikationsdatenschutz als rechtliches Hindernis	300
aa. Schutzgegenstand und Verhältnis der §§ 91 ff. TKG zu § 88 TKG	300
bb. Personenbezogene Daten i.S.d. §§ 91 ff. TKG	301
(1) Problemaufriss: Zuordnung der Daten	301
(2) Geschützte Daten der Angebotsbetreiber	302
(3) Geschützte Daten der Internetnutzer	306
(4) Ergebnis	307
cc. Erheben und Verwenden der Daten	308
(1) Teleologische Betrachtung: kein Erheben und Verwenden von Daten	308
(2) Hilfsweise: Zulässigkeit der Erhebung von Verkehrsdaten nach § 96 TKG für Internetangebotssperren	310
(3) BGH: Zulässigkeit der isolierten Erhebung der Nutzer-IP-Adresse nach § 95 TKG	312

dd. Ergebnis: Die Vorschriften des Telekommunikations-	
datenschutzes stehen der Zulässigkeit von Angebots-	
sperren de lege lata nicht entgegen.....	313
c. Ergebnis: Internetangebotssperren rechtlich möglich.....	313
VI. Verletzung zumutbarer Prüfpflichten.....	315
1. Entstehen von Prüfpflichten	315
a. Kenntnis von den pflichtbegründenden Tatsachen	
(Anwendbarkeit der §§ 7 ff. TMG auf	
Internetzugangsanbieter).....	315
b. Anordnung?	319
2. Zumutbarkeit der Prüfpflichten	320
a. Sperrmaßnahmen als Prüfpflichten und Kriterien für	
deren Zumutbarkeit	320
b. Zu berücksichtigende Interessen.....	320
aa. Rolle und schutzwürdige Interessen der Betreiber	
der zu sperrenden Angebote	320
bb. Schutzwürdigkeit und berechnigte Interessen der	
Rechteinhaber	323
(1) Problembeschreibung und tangierte	
Grundrechtsinteressen.....	323
(2) Recht auf Rechtewahrnehmung, unabhängig von	
sich daraus ergebenden wirtschaftlichen Vorteilen	
(Gebot effektiven Rechtsschutzes).....	324
(3) Schutzinteresse bzgl. der Sperrung ganzer	
Internetangebote	326
(4) Wirksamkeit und Geeignetheit von	
Angebotssperren	327
(a) Bedeutung der Wirksamkeit von	
Angebotssperren.....	327
(b) Maßstäbe.....	328
(c) Kriterien zur Beurteilung der Wirksamkeit	
von Sperren, Umgehungsmöglichkeiten	
und -wahrscheinlichkeit.....	330
(aa) Bedeutung von Nutzerbefragungen und	
Einführung einer eigenen	
Nutzerbefragung.....	330
(bb) Angebotssperren als technisches	
Hindernis für Internetnutzer –	
Umgehungsmöglichkeiten	331
(cc) Psychologische Wirksamkeit von	
Angebotssperren und Bereitschaft zur	
Umgehung.....	333
(dd) Mittelbare Wirksamkeit.....	336

(ee) Zugriffsstatistiken	337
(ff) Ausweichmöglichkeiten der Angebotsbetreiber und dynamische Anpassung der Sperre.....	338
(gg) Ausweichen auf andere Angebote: kein Wirksamkeitshindernis	340
(hh) Inanspruchnahme nur einzelner Internetzugangsanbieter.....	340
(d) Fazit	341
(5) Rechtsschutzalternativen (Subsidiarität)	342
(a) Subsidiarität der Inanspruchnahme	342
(b) Vorgehen gegen die Angebotsnutzer	345
(c) Vorgehen gegen die Angebotsbetreiber	346
(d) Vorgehen gegen die Hostanbieter	349
(e) Vorgehen gegen Suchmaschinen, Zahlungs- dienste und Löschung der Domain.....	350
(f) Fazit.....	350
cc. Rolle und schutzwürdige Interessen der Internetzugangsanbieter	352
(1) Neutrale Rolle der Internetzugangsanbieter	352
(2) Interessenlage der Internetzugangsanbieter hinsichtlich der Angebotssperren	354
(3) Unternehmerische Freiheit und wirtschaftliche Belastung durch Angebotssperren.....	356
(a) Beeinträchtigung der unternehmerischen Freiheit	356
(b) Kostenaufwand und zu berücksichtigende Kostenpositionen.....	357
(c) Beweislast	360
(4) Verbot allgemeiner Überwachungspflichten	361
(5) Risiko für Schadensersatzansprüche?.....	362
(6) Gleichbehandlungsgebot und Wettbewerbsnachteile	363
(7) Fazit	363
dd. Betroffenheit anderer Internetangebote und schutzwürdige Interessen von deren Betreibern (horizontales Overblocking).....	364
ee. Schutzwürdigkeit der Angebotsnutzer.....	365
(1) Sperrung legaler Inhalte der Zielangebote (kollaterales Overblocking).....	365
(2) Datenschutzinteresse.....	368
(3) Möglichkeit der gerichtlichen Geltendmachung der Nutzerrechte	368

(a) Inanspruchnahme der Rechteinhaber nach § 95b Abs. 2 S. 1 UrhG	368
(b) Klage gegen den Internetzugangsanbieter aus Vertrag	370
(c) Beteiligungsmöglichkeit der Internetnutzer am Verfahren zwischen Rechteinhaber und Internetzugangsanbieter (Beteiligungsmöglichkeiten der ZPO)	373
(d) Ergebnis	378
(4) Fazit	379
ff. Schutzwürdigkeit von Werbetreibenden auf den zu sperrenden Internetangeboten.....	380
c. Abwägung	380
3. Verletzung der Prüfpflicht.....	382
VII. Unterlassungspflicht, Antrag und Tenor	382
VIII. Kosten eines Rechtsstreits	386
IX. Ergebnis und Bewertung	387
1. Ergebnis der Prüfung	387
2. Ergebnis der BGH-Entscheidungen Goldesel und 3dl.am und Ausblick.....	388
3. Rezeption der BGH-Entscheidungen Goldesel und 3dl.am, Kritik und offene Fragen.....	390
4. Ausblick: Angebotssperren auch zum Schutz anderer Rechtsgüter?	392
5. Vergleichende Anmerkungen zum britischen Recht und zur deutschen Rechtslage de lege lata	393
6. Fazit.....	395

Kapitel 5: Sperranordnungen in Deutschland de lege ferenda...397

A. Gerichtliche Sperranordnungen im deutschen Recht de lege ferenda397

I. Gesetzgeberischer Handlungsbedarf.....	397
1. Angebotssperren als Selbstregulierungsmaßnahmen	397
2. Gesetzliche Regelung für Angebotssperren vorzugswürdig...401	
3. Raum für partielle Ko-Regulierung	403
II. Bestehende Vorschläge und -beispiele für die Regelung von Angebotssperren.....	404
1. Vorschlag de lege ferenda von Nazari-Khanachayi	404
2. Vorschlag de lege ferenda von Kropp	406
3. Die britische Rechtsprechung.....	407
4. Regelungen in Norwegen	408

	5. § 101 Abs. 2 und 9 UrhG als Regelungsvorbild	409
	6. BMWi Referentenentwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung des Telemediengesetzes (neues WLAN-Gesetz) vom 23.02.2017	410
	7. Bewertung.....	414
III.	Anforderungen an die gesetzliche Norm.....	416
	1. Angemessenes Gleichgewicht zwischen den betroffenen Interessen.....	416
	2. Anforderungen an eine gesetzliche Grundlage für Angebotssperren – Sondervotum im Fall Yildirim/Türkei (EGMR) von Pinto de Albuquerque	417
	3. Formelle Anforderungen (Gesetzgebungsmethodik)	419
IV.	Systementscheidungen	419
	1. Systematische Ausgestaltung der Regelung	419
	a. Dogmatik der Vermittlerhaftung – unionsrechtliche Vermittlerhaftung und das deutsche Anspruchssystem	419
	b. Anordnungsvorbehalt	423
	aa. Regelungsbedürftigkeit und Bedeutung.....	423
	bb. Keine unionsrechtlichen Vorgaben zu einem Anordnungsvorbehalt.....	424
	cc. Argumente für und gegen eine notwendige Anordnung	426
	(1) Argumente gegen einen Anordnungsvorbehalt	426
	(2) Argumente für einen Anordnungsvorbehalt	426
	(a) Gefahren ungeprüfter Sperren.....	426
	(b) Richtervorbehalt im nationalen Recht für Fälle mit vergleichbaren Risiken	428
	(3) Alternative: Anreize zur Herbeiführung einer gerichtlichen Entscheidung	431
	(4) Abwägung: Anordnungsvorbehalt interessengerecht	432
	dd. Zwischenergebnis.....	434
	c. Konsequenz des Anordnungsvorbehalts für das dogmatische Verständnis der Norm	435
	d. Ausgestaltung als Rechtsbehelf	436
	2. Umfang der Regelung (Anwendungsbereich).....	436
	3. Zusammenfassung.....	440
V.	Regelungselemente.....	440
	1. Adressaten von Sperranordnungen	440
	a. Internetzugangsanbieter auf der Internetschicht.....	440
	b. Weitere Begrenzung der Anordnungsadressaten?	442
	c. Ergebnis	446
	2. Anordnungsvoraussetzungen.....	446

a. Nutzung der Dienste für Rechtsverletzungen als Voraussetzung der Vermittlerhaftung	446
b. Zielangebote	447
aa. Strukturell rechtsverletzende Internetangebote	447
bb. Bedeutung von Größe und Sichtbarkeit des Zielangebots	450
c. Subsidiarität	451
d. Verhältnismäßigkeit im Einzelfall	452
e. Keine Unterscheidung zwischen unmittelbarem und mittelbarem Vermittler	453
3. Aktivlegitimation und Antragsberechtigung	454
4. Anordnungsinhalt und Rechtsfolge: Verpflichtung zur Sperre	454
a. Verpflichtung zu spezifischen Sperrmaßnahmen	454
b. Begrenzung der Sperrmethoden und Vorgaben zur technischen Umsetzung durch den Gesetzgeber?	457
aa. Technologieneutrale Regelung	457
bb. Rahmenvorgaben	458
cc. Technische Vorgaben durch Rechtsverordnung	458
dd. Punktueller Einsatz regulierter Selbstregulierung	459
ee. Bewertung und Ergebnis	460
c. Reichweite der Unterlassungs- bzw. Sperrpflicht	461
aa. Sekundär rechtsverletzende Internetangebote	461
bb. Erweiterung der Sperre auf weitere Adressdaten	462
cc. Freigabe von Adressdaten und zeitliche Befristung der Sperre	463
d. Sperrmitteilung	465
5. Kosten der Sperre	465
6. Verfahren	467
a. Anforderungen an das Verfahren	467
b. Verfahren nach den allgemeinen Regeln der ZPO	468
c. Verfahren nach dem FamFG	468
aa. Die Vorteile des FamFG für das Sperrverfahren	468
bb. Beteiligungsmöglichkeiten	471
(1) Die Beteiligungsstruktur des FamFG und die Rechte der Beteiligten	471
(2) Beteiligung der Rechteinhaber und Internetzugangsanbieter	472
(3) Beteiligung der Internetnutzer	472
(a) Hinzuziehung auf Antrag	472
(b) Alternative: Beteiligung der Nutzer als amici curiae	473

(c) Verbleibende Regelungsoptionen und Regelungsbedarf hinsichtlich der Beteiligung der Internetnutzer am Sperrverfahren	474
(aa) Benachrichtigung und Belehrung über die Beteiligungsmöglichkeit	474
(bb) Einschränkung der Beteiligungsmöglichkeit?	477
(cc) Postulationsfähigkeit des einzelnen Nutzers	478
(dd) Rechtswahrnehmung durch Verbände	479
(d) Ergebnis	484
(4) Beteiligung von Angebotsbetreibern	485
cc. Schriftliches Verfahren oder mündliche Verhandlung und Öffentlichkeit	486
dd. Gerichtliche Zuständigkeit	487
(1) Sachliche Zuständigkeit	487
(2) Örtliche Zuständigkeit	487
(a) Problemaufriss	487
(b) Zuständigkeitskonzentrationen und Staatsvertrag	488
(c) Lösung über die entsprechende Anwendung von § 32 ZPO	489
(d) Besonderer Gerichtsstand für Streitgenossen ..	492
(e) Ergebnis	494
ee. Entscheidung durch Beschluss, Wirkung und Bestand der Entscheidung	494
(1) Entscheidung durch Beschluss und Anforderungen an die Begründung	494
(2) Bestand der Entscheidung – Rechtsmittel und Möglichkeiten der Änderung oder Aufhebung	495
(a) Besondere Interessenlage aufgrund der Möglichkeit zur Anpassung der Sperre	495
(b) Beschwerde	496
(c) Änderung oder Aufhebung nach § 48 Abs. 1 FamFG	499
(d) Regelungsbedürftigkeit und Regelungsvorschlag	500
ff. Verfahrenskosten	501
gg. Zusammenfassung des möglichen Verfahrens nach dem FamFG	506
d. Ein behördliches Verfahren als Alternative?	506
aa. Beispiel: schweizerischer Entwurf für ein behördliches Modell	507

bb. Rückblick: ZugErschwG.....	508
cc. Ein mögliches behördliches Modell für Deutschland..	508
dd. Bewertung	509
e. Zusammenfassung und Bewertung der verfahrensrechtlichen Aspekte	510
7. Ausgestaltung des Anordnungsvorbehalts	511
8. Ausdrückliche datenschutzrechtliche Erlaubnis.....	512
VI. Verortung der Regelung	513
VII. Regelungsentwurf	514
1. § 8a TMG	514
2. Ergänzende Gesetzesänderungen	517
VIII. Notifizierungspflicht	517
IX. Zusammenfassung und abschließende Beurteilung des Entwurfs.....	517
 B. <i>Mögliche Annex-Durchsetzung und (regulierte) Selbstregulierung anderer Diensteanbieter.....</i>	 519
I. Sperranordnungen als Anknüpfungspunkt für Selbstregulierung	519
II. Suchmaschinen.....	520
III. Zahlungsdiensteanbieter	524
IV. Werbetreibende („Follow the money“)	527
V. Anbieterübergreifende Selbstregulierungsprojekte	528
 Kapitel 6: Europäische Regelungsperspektiven	530
A. <i>Reformpläne der Kommission mit Bezug zur Vermittlerhaftung</i>	530
B. <i>Reformbedarf bei der europäischen Vermittlerhaftung, insbesondere der Vermittlerhaftung von Internetzugangsanbietern</i>	535
C. <i>Unionsweite Sperren</i>	538
I. Tatsächliche und rechtliche Schwierigkeiten für unionsweite Sperren.....	539
II. Möglichkeiten eines zentral organisierten europäischen Modells	541
III. Bewertung	543
D. <i>Fazit.....</i>	544

Schlussbetrachtungen.....	546
Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse.....	548
Nachtrag: Die dritte Änderung des Telemediengesetzes, ihre Folgen und Auswirkungen auf die Ergebnisse dieser Arbeit.....	553
Anhang	557
<i>A. Informationen zur Durchführung der Nutzerbefragung</i>	<i>557</i>
<i>B. Fragebogen: Rechtsverletzungen im Internet und Internetnutzerverhalten</i>	<i>557</i>
<i>C. Auswertung 1</i>	<i>565</i>
<i>D. Auswertung 2</i>	<i>569</i>
<i>E. Auswertung 3</i>	<i>572</i>
<i>F. Auswertung 4</i>	<i>575</i>
Literaturverzeichnis.....	579
Sachregister	609